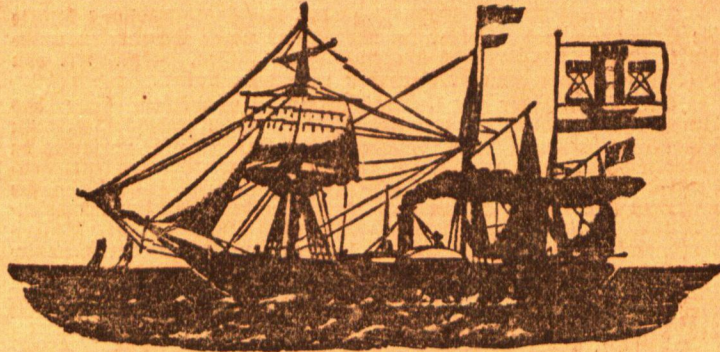


Memeler Dampfboot

Memeler und Grenz-Zeitung



Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Tage nach den Sonntagen und Feiertagen. Vierteljährlicher Abonnementspreis pränumerando 22 M. 50 Pf., mit Postlohn 24 M.

Auswärtige abonnieren bei den Postämtern und erhalten die Zeitung für 24 M. pro Quartal bei freier Zustellung. Sprechstunden der Redaktion: Vom 11 bis 12 Uhr außer Montag und Sonnabend.

Für Aufbewahrung und Rücksendung unverlangt eingesandter Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.

Die Expedition ist geöffnet: An Wochentagen von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags.

Telegramm-Adresse: Dampfbootverlag.

Anzeigen werden für den Raum einer Kolonellspalte von Abonnenten mit 1,50 M., von Nicht-Abonnenten u. Auswärtigen mit 2,00 M. berechnet. Reklamen für Briefe 6,00 M., Auswärtige 8,00 M. die Zeile. bei Erfüllung von Platzvorschriften 50% Aufschlag. Eine Gewähr für die Einräumung bestimmter Plätze kann nicht übernommen werden.

Etwasiger Rabatt kann im Konkursfalle, bei Einziehung des Rechnungsbetrages auf gerichtlichem Wege und außerdem dann verweigert werden, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Erfüllungsort ist Memel.

Anzeigen für die folgende Nummer bestimmt sind spätestens bis vorm. 10 Uhr einzuliefern.

Telephonische Anzeigenannahme ohne Gewähr für Richtigkeit.

Belag-Exemplare kosten 50 Pf.

Fernsprechnummern: 26 und 28.

Ein Attentat auf Miljukow in Berlin

Ab. Berlin, 29. März. (Priv.-Tel.)

Am gestrigen Tage wurde während einer in der Philharmonie gelegenen Versammlung rechts stehender Russen ein Attentat aus der Versammlung heraus auf den Redaktionsleiter Miljukow verübt, dem der Chefredakteur des „Ruf“ Professor Solow zum Opfer fiel. Wie die „Post“ erfährt, ist Attentat nicht der Plan der letzten Tage. In den Kreisen der russischen Monarchisten hat dieses Verbrechen an der Spitze einer Reihe politischer Attentate gestanden, für die die einzelnen Täter verantwortlich waren, und das Attentat gegen Miljukow, gegen den sich der Hoch der Monarchisten richtet, bedeutet das Signal für die allseitigsten Parteigänger. Es steht zweifellos fest, daß in der Versammlung russischer Monarchisten, die am 10. März statt, die Ermordung Miljukows in allen ihren Einzelheiten durchgeführt worden ist. Im Zusammenhang mit dem Attentat fand Aushebung eines Restaurants am Hollendorfsplatz statt, dem heute vormittag 30 Russen verhaftet wurden. Ueber den Vorfall erfahren wir folgende Einzelheiten: In einem Saal des Restaurants tagten seit drei Tagen 30 Russen, die sich dem Besuche des Restaurants als angebliche Vertreter russischer Zeitungen Deutschland ausgegeben hatten, in Wirklichkeit aber russische Monarchisten sind. Sie kamen jeden Vormittag um 10 Uhr zusammen, hielten bis etwa um 1 Uhr ihre streng geschlossenen Sitzungen. Am ersten Sitzungstage erschien ein russisch sprechender Beamter politischen Posten in der Versammlung und hörte sich die Vorträge an. Gestern und heute erschien er dann nicht mehr. Heute Mittag drangen Polizeibeamte um 12 Uhr in den Sitzungssaal, forderten die anwesenden Russen auf, sich mit ihnen auf das Polizeipräsidium zu begeben, wo sie dann verurteilt wurden.

Ueber das Attentat liegen folgende Einzelmeldungen vor: Die Berliner Morgenblätter teilen über den Vorfall noch mit: Attentat in der Philharmonieverammlung richtete sich gegen Führer der russischen Kadettenpartei Miljukow. Miljukow wurde nicht getroffen, dagegen fand der neben ihm sitzende Redakteur Rabokow, Chefredakteur der in Berlin erscheinenden demokratischen russischen Tageszeitung „Ruf“, von mehreren Angeln genau zu Boden und starb kurz darauf. Nach dem Attentat flohen junge Männer auf die Mednertribüne und erklärten, sie seien erschrocken und hätten Miljukow erwidern wollen, um sich den Gefahren zu rächen. Zwei Versammlungsteilnehmer wurden durch Schüsse in die Brust verwundet, zwei weitere am Fuß. Täter wurden verhaftet, der eine ist ein früherer zaristischer Agent namens Schafli-Proz.

Eine spätere Meldung besagt, daß der Chefredakteur des „Ruf“ sich gerade in einem Gespräch mit Miljukow befand, als ihn die Kugel traf. Es entstand eine allgemeine Panik. Personen verließen fluchtartig den Saal, andere warfen sich zu Boden. Mehrere Leute stürzten sich auf die Täter und versuchten sie zu fassen. Dabei kam es zu einem Handgemenge mit den anwesenden Schutzpolizisten, wobei ein Beamter verletzt wurde. Die Miljukow abgelassenen Schüsse, wodurch Rabokow getötet wurde, fielen zwei Damen und zwei Herren. Die beiden verhafteten sind zwei ehemalige russische Offiziere Schabelski-Proz und Prokoff.

Das „B.“ ist das Attentat in der Philharmonie gegen den Redaktionsleiter Miljukow, das wohl angelegt und organisiert wurde, von ehemaligen russischen zaristischen Offizieren angezettelt wurde. Der verhaftete Leutnant Schabelski-Proz gibt die Schüsse abgegeben zu haben und behauptet, aus München nach Berlin gekommen zu sein mit dem Auftrag, Miljukow zu töten. Zweite Verhaftete, Faburizki, war schon einmal in Berlin im Zusammenhang einer Affäre. Er wollte im vorigen Jahr ein Attentat auf den Kriegsminister und Oberbefehlshaber Gutschkow verüben, das aber nicht zur Ausführung kam. Neben dem tödlich getöteten Professor Rabokow, der seinen Freund Miljukow heden, wurden noch vier Personen verletzt der Russe Gutschkof, der Berliner Arzt Dr. Sknes, beide politische Freunde Miljukows, der Fabrikant Reichsail, die Frau des russischen Redaktionsleiters, die einen Anschlag erhielt, Prof. Kaminskaja der russische sozialrevolutionäre Journalist Barladia. Einem Beamten wurde im Handgemenge der Arm ausgerenkt. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Miljukow wurden gestern alle Vorkehrungen getroffen, um eventuell verächtliche Personen, die mit den Abendjahren Berlin verlassen wollten, zu beobachten. Die von sämtlichen Bahnhöfen ausgehenden Züge, namentlich die großen nach Süddeutschland laufenden Schnellzüge, wurden Ueberwachungsstationen kontrolliert. Es wurde nichts Verdächtigendes gefunden.

Verhaftungen in Riga

Im Zusammenhang mit bestimmten monarchistischen Plänen, die durch die Durchreise der Sowjetdelegation zur Ausführung gelangen sollten, sind in Riga, wie die „Mit.“ berichtet, mehrere Personen verhaftet worden, die sich zum Teil auf ehemalige Angehörige des russischen Kaiserkorps erstrecken. Auch eine der ersten Geheimgängerin, die hier durch ihre charitative Tätigkeit besonders bekannt war, ist in Haft genommen.

Attentat auf den früheren japanischen Kriegminister

London, 29. März. (Tel.) „Reuter“ meldet aus Schanghai, daß ein Koreaner verübt erfolglos einen Anschlag auf den früheren japanischen Kriegminister Tanaha. Eine Amerikanerin, die sich in der Nähe des Ministers befand, wurde verletzt, vier Personen wurden verwundet, die Täter wurden verhaftet.

Kaiser Karl an Lungenerkrankung erkrankt

Paris, 29. März. (Tel.) Kaiser Karl ist in Bunchal an einer sehr schweren Lungenerkrankung erkrankt.

London, 28. März. (Tel.) Harmsworth teilte im Unterhaus mit, der britische Botschafter in Paris sei beauftragt worden, der Konferenz der Vertreter der österreichischen Nachfolgestaaten in Paris zur Kenntnis zu geben, daß die britische Regierung keinerlei Absicht habe, irgendeinen Anteil am Unterhalt des ehemaligen Kaisers Karl zu tragen.

Die Vorbereitungen für Genua

Abschluss der deutschen Vorarbeiten

Ab. Berlin, 29. März. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, werden die Beratungen der zentralen deutschen Kommission über die Vorbereitungen für die Konferenz in Genua nunmehr abgeschlossen. Der Reichskanzler wird sich voraussichtlich heute oder morgen noch mit der Genueser Konferenz beschäftigen und in dieser Sitzung auch die Ernennung der deutschen Delegation vornehmen.

Die französische Delegation

Paris, 28. März. (Tel.) Heute vormittag wurde im Ministerrat beschlossen, dem Justizminister und Stellvertreter des Ministerpräsidenten Barthou und neben ihm dem Unterrichtssekretär beim Ministerpräsidenten Colrat die Leitung der französischen Delegation für Genua zu übertragen. Es sollen drei weitere Delegierte in einer besonderen Sitzung des Ministerrats Mittwochabend bestimmt werden, die aus dem wirtschaftlichen Kreise gewählt werden sollen.

Die Teilnahme des Völkerbundsrats

Paris, 29. März. (Tel.) Der Völkerbundsrat beschäftigte sich gestern in der Nachmittagsitzung mit dem Verlangen der italienischen Regierung, Vertreter der technischen Organisation sowie eine Anzahl Mitglieder des Generalsekretariats nach Genua zu entsenden, um in Beratungen technischen Beistand zu leisten. Das Generalsekretariat wurde damit beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Namens der französischen Regierung gab Leon Bourgeois bekannt, daß die französische Regierung schon offiziell erklärt habe, daß sie der Ansicht sei, der Völkerbund müsse unter Vorbehalt der Entscheidung der Konferenz mit der Anwendung der Empfehlungen der Konferenz betraut werden, soweit sie nach dem Völkerbundsstatut zum Zuständigkeitsbereich des Völkerbundes gehören. Der Völkerbundsrat wählte hierauf einige neue Mitglieder zur Ergänzung verschiedener Kommissionen.

Stimmunt über Polens auswärtige Beziehungen

Paris, 28. März. (Tel.) Der polnische Außenminister Skirmunt ist in Paris eingetroffen. Er erklärte einem Vertreter der „Agence Havas“, daß er, bevor er zur Konferenz nach Genua gehe, mit dem französischen Ministerpräsidenten Fühling zu mehreren Besprechungen. Seit der Einberufung der Konferenz habe er noch mehr als sonst sich bemüht, Polen nicht in Vereinzelung geraten zu lassen und auf ein gemeinsames Vorgehen mit Frankreich auf der Konferenz hinzuwirken. Die polnischen Abmachungen mit der Kleinen Entente seien vorbereitet und durch das Bündnis mit Rumänien erleichtert worden. Daneben wurden Verhandlungen mit den baltischen Staaten angeknüpft. Allen diesen Verhandlungen liege der Gedanke gemeinsamer Vorbereitungen für Genua zugrunde und über gewisse Fragen sei auch eine vorläufige Verständigung im Hinblick auf die ausgesprochene Einheitsfront Polens, der baltischen Staaten und der Kleinen Entente für Genua zustande gekommen. In anderen Punkten werde Polen eine dauernde enge Fühlung mit den genannten Staaten haben. Er lege Wert darauf, außerdem auch mit den Regierungen in London und Brüssel vor der Genueser Konferenz Fühlung zu nehmen und gedulde während der Konferenz das gleiche mit der italienischen Regierung zu tun.

Reise Millerands nach Nordafrika

Paris, 28. März. (Tel.) „Petit Parisien“ meldet: Donnerstagabend tritt Präsident Millerand die Reise nach Nordafrika an. In Algier trifft er mit dem Senatspräsidenten Bourgeois und dem Kammerpräsidenten Raoul Peret zusammen.

Für eilige Leser

In Fortsetzung der politischen Aussprache über die Reparationsnote im Deutschen Reichstag hielt Reichsminister Dr. Rathenau eine ausführliche Rede; die Deutschnationalen brachten einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein.

Die Berliner Blätter stimmen dem negativen Teil der Wirth'schen Erklärung geschlossen an, der positive wird von den Deutschnationalen abgelehnt.

In einer in Berlin stattgefundenen Versammlung rechtsstehender Russen wurde der Chefredakteur der „Ruf“ erschossen.

Der ehemalige Kaiser Karl ist an einer sehr schweren Lungenerkrankung erkrankt.

Der französische Ministerpräsident Millerand hat eine Reise nach Nordafrika angetreten.

Die Meinungsverschiedenheiten im englischen Kabinett sind beseitigt worden.

Rathenau zur Reparationsnote

Ab. Berlin, 29. März. (Priv.-Tel.)

Im Reichstag wird heute die politische Aussprache über die gestrige Regierungserklärung zur Reparationsnote, die gestern verlesen wurde, nachdem noch der Abg. Stampfer für die Sozialdemokratie gesprochen hatte, der gegen die Deutschnationalen polemisierte, fortgesetzt. Die Deutschnationalen haben heute einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingebracht, in dem es heißt:

Der Reichstag billigt das Unannehmbar des Reichskanzlers gegenüber dem von der Reparationskommission versuchten Attentat auf die Souveränität des Deutschen Reiches, damit jedoch u. a. eine klare und eindeutige Zurückweisung der Forderung auf Zahlung neuer über die zur Verabschiedung stehenden Steuererlasse hinausgehender Steuern für Kontributionszwecke. Angesichts der jetzt von aller Welt als verfehlt und verhängnisvoll sich erweisenden Politik des Reichskanzlers hat der Reichstag nicht die Zuversicht, daß es der von dem jetzigen Reichskanzler geleiteten Reichsregierung gelingen wird, das Reich aus seiner schweren Lage herauszuführen. Aus diesem Grund versagt der Reichstag der Reichsregierung das Vertrauen.

Es ist wahrscheinlich, daß die

Regierung ihrerseits einen Vertrauensantrag

einbringen wird, der sich nicht lediglich auf den Ausdruck der Billigung beschränkt, sondern eine eingehende Begründung enthalten wird. Dieser Vertrauensantrag ist bisher noch nicht formuliert worden. Sein Wortlaut wird im Einvernehmen mit der Deutschen Volkspartei und wahrscheinlich auch mit den Unabhängigen festgelegt werden.

Die Sitzung des Reichstags wurde um 1/2 12 Uhr eröffnet. Als erster Redner sprach der Abg. Marx vom Zentrum, der den gestrigen Erklärungen des Reichskanzlers in vollem Umfang zustimmte. Abg. Stresemann (Dt. Sp.) bezeichnete die Note der Reparationskommission als anmaßend und beleidigend und forderte die Reichsregierung auf, energisch Verwahrung gegen den in der Note angeschlagenen Ton nicht nur im Reichstag, sondern auch in der schriftlichen Beantwortung einzulegen. Der Geist dieser Note sei die ärgste Enttäuschung für alle, die an eine Entspannung der Atmosphäre glaubten. Man hoffe, daß Genua endlich die Entspannung bringen werde. In diesem Augenblick kam die Note der Reparationskommission und warf uns in die Zeiten von Versailles zurück. Dem einzigen Ausweg sehen wir in einer internationalen Anleihe, die gleichzeitig mit einem langjährig fälligen Moratorium für Deutschland verbunden sein muß.

Nach Dr. Stresemann ergriff der

Reichsaußenminister Dr. Rathenau

das Wort, der zunächst auf die Vorgeschichte der Note einging und über die Konferenz von Cannes berichtete. Er erklärte dann weiter, durch die Note sei Deutschland auf das Schwerste enttäuscht, aber nicht nur Deutschland, sondern jeder in der Welt sei enttäuscht, der Hoffnung auf eine wirklich freie und endgültige Regelung des Reparationsproblems hegte. Um die Entwicklung zu verstehen, müsse man sich klar machen, welche bedeutenden Handlungen im politischen Weltgeschehen eingetreten waren. In Frankreich hatte ein Staatsmann von großer Erfahrung in internationalen Verhältnissen und von rücksichtsloser Willenskraft die Jagel ergriffen. Poincaré nahm den Kampf gegen England auf und Doulaire hat gezeigt, daß dieser Kampf nicht erfolglos gewesen ist. Poincaré hat seine Politik in kürzester Zeit auf allen Schauplätzen der Politik ausgedehnt nicht nur England gegenüber, wo der Stern von Lloyd George zu sinken begann, sondern auch im nahen Osten. Seine Auswirkungen erstrecken sich auch auf uns und zeigten sich unerwarteter Weise in einem Hagel von Notizen, der auf Deutschland niederschlug. In den letzten zwei Monaten haben wir allein über 100 Notizen bekommen, deren Beantwortung nahezu eine Bahmlegung der deutschen Behörden vernachlässigt.

Der Reichsaußenminister erklärte dann ferner, daß sich das Ausland in einer falschen Auffassung über die Wirtschaftskraft Deutschlands befinde. Wir haben der Reparationskommission in der Konferenz von Cannes das Material über unsere Steuerlasten gegeben und haben den Nachweis erbracht, daß Deutschland mehr geleistet habe und mehr als alle anderen Länder Steuern zahle. Dr. Rathenau teilte dann die Einzelleistungen Deutschlands mit und kam zu dem Ergebnis, daß Deutschland bis 45,6 Milliarden Goldmark geleistet habe. Dabei sei der Wert der Goldminen und des abgetretenen oberbaltischen und ostpreussischen Gebiets nicht miteinbegriffen. Würde man das tun, dann würde sich der Wert der deutschen Zahlungen auf über 100 Milliarden arden Goldmark erhöhen. Das habe er dem Auslande zu sagen.

In seiner weiteren Rede lehrte der Minister dann zum Reparationsproblem zurück und erklärte, daß die Tür der Verhandlungen mit der Reparationskommission nicht geschlossen werden dürfe.

Berliner Pressestimmen zur Reichskanzlererklärung

Berlin, 29. März. (Tel.) Die gestrige Rede des Reichskanzlers über die Note der Reparationskommission findet in ihrem negativen Teil die Zustimmung sämtlicher Blätter von der „Kreuzzeitung“ bis zur „Freiheit“. Der positive Teil dagegen, der sich für die Fortsetzung der Erfüllungspolitik erklärt, wird von der deutschnationalen Seite abgelehnt mit der Bestimmung, daß diese Politik einen völligen Zusammenbruch erlitten habe.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Es gebe nur einen eindrucksvollen Protest gegen die Note der Reparationskommission, das sei

Der Minderheit des Erfüllungszweckes und die Aenderung des politischen Systems.

Die „Germania“ schreibt: Aus dem Eindruck, den die weite große Welt draußen von dem gestrigen Tag haben wird, läßt sie erhoffen auf sich wirken, was von der deutschen Regierungsbauheute gesagt wird.

Das „Berl. Tagebl.“ hebt besonders hervor, daß sich der Reichskanzler gestern während der Abgabe der programmatischen Regierungserklärung auf eine große Mehrheit im Reichstage stützen konnte, die von der Deutschen Volkspartei über die Demokraten, das Zentrum und die Sozialdemokratie bis in die Reihen der Unabhängigen reichte.

Die „Freiheit“ schreibt: Was der Reichskanzler mit teilweise sehr scharfen Worten gegen den Versuch eines Eingriffs in die deutsche Finanzhoheit geltend machte, entspricht im Großen und Ganzen auch unserer Auffassung.

Der Streit zwischen dem Krankenkassenverband und der Ärzteschaft des Memelgebiets

Eintritt des vertragslosen Zustandes

Zwischen dem Krankenkassenverband und der Ärzteschaft des Memelgebiets haben bekanntlich seit längerer Zeit Verhandlungen über die Festsetzung eines neuen Vertrages stattgefunden. Dieser konnte eine Einigung nicht erzielt werden, vielmehr hat sich die Lage dahin zugekehrt, daß beide Seiten mit den härtesten Maßnahmen vorzugehen beabsichtigen.

Die Lage stellt sich nach unseren Informationen folgendermaßen dar:

Im Vorjahr wurde nach großen Bemühungen ein Vertrag mit dem Krankenkassenverband abgeschlossen, der von den Krankenkassen als wenig günstig empfunden wurde, und der bis zum 30. Juni d. J. Geltung hat. Dieser Vertrag sieht die Bezahlung der Ärzte nach Pauschalen und Vergütungen für Sonderleistungen vor. Durch Pauschale wurden vergütet jede Konsultation und jeder Besuch und zwar pro Behandlungsfall und Vierteljahr mit 15 Mk. in der 1. Stufe und 18 Mk. in den übrigen Stufen. Die Entschädigung für sonderärztliche Beratungen wurde nach dem Mindestsatz der Gebührenordnung geregelt. Dazu gehören Wegegebühren, Privatreue, Anspruchnahme der ärztlichen Tätigkeit außerhalb der Sprechstunden, zur Nachtzeit und am Sonntag und Feiertagen. Geburtshilfe wurde besonders abgegolten. Auch die Ärzteschaft empfand den Vertrag als den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechend. Sie trat deshalb an den Krankenkassenverband mit dem Ersuchen heran, den Kassensatz 40 Prozent Zuschlag auf sämtliche Sätze zu gewähren. Da man in Deutschland nur 30 bzw. zuletzt 50 Prozent Zulagen festgelegt hatte, stellte sich der Kassenvorstand auf den Standpunkt des Vertrages und lehnte die Forderung der Ärzte ab. Daraufhin teilte der Krankenkassenverband dem Kassenvorstand mit, daß er keine ärztliche Tätigkeit mit dem 1. Januar kündigt. Erneute Verhandlungen des stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes mit dem Krankenkassenverband hatten das Ergebnis, daß diese 40 Prozent in Anbetracht dessen, daß eine Einstellung der ärztlichen Tätigkeit angeht, für die gerade herrschende Grippe schwere Folgen zeitigen könnte, seitens des Kassenvorstandes bewilligt wurden. Diese Abmachung, die dem Krankenkassenverband schriftlich mitgeteilt wurde, sollte nur bis zum 31. Dezember Geltung haben, dann sollten weitere Verhandlungen stattfinden.

In den neuen Verhandlungen verlangten nun die Ärzte des Memelgebiets statt der Pauschale von 18 Mk. eine solche von 65 Mk. pro Vierteljahr. Sie erklärten sich bereit, für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März statt 65 Mk. eine Pauschalegebühr von 45 Mk. rückwirkend anzuerkennen. Für Sonderleistungen verlangten sie, wo Gebühren bis zu 100 Mk. in Anschlag kommen, einen Zuschlag von 100 Prozent, und wo höhere Gebührensätze in Betracht kommen, einen solchen von 300 Prozent, ebenso eine entsprechende Erhöhung für die anderen Sonderleistungen. Alle Bemühungen, günstigere Bedingungen für die Krankenkassen zu erreichen, scheiterten. In einer Sitzung des Krankenkassenverbandes vom 25. März kam man einstimmig zur Ansicht, daß die Forderungen der Ärzte in ihrer Höhe das Bestehen der Krankenkassen gefährden und man entschloß sich, den Kassensatz der Pauschale zu erhöhen, die Pauschale auf 80 Mk. und eine Erhöhung der Sonderleistungsgebühren um 50 Prozent anzunehmen. Dieser Beschluß wurde dem Krankenkassenverband mit der Bitte, bis Montag also am 27. März, vormittags, dazu Stellung zu nehmen.

Darauf hat der Krankenkassenverband erklärt, daß er bei seiner Forderung beharren müsse und, falls diese nicht gewährt würde, der vertragslose Zustand eintreten müsse. Der Vorstand des Krankenkassenverbandes teilte dem Krankenkassenverband unter Berufung darauf, daß der Vertrag noch bis zum 30. Juni d. J. laufe, mit, daß, falls der vertragslose Zustand eintrete, die Krankenkassen dies als einen Vertragsbruch ausfallen würden. Der Krankenkassenverband würde dann ebenfalls den Vertrag als aufgehoben betrachten.

Ein besonders wichtiger Punkt in den Verhandlungen war die Forderung der Ärzte nach freier Arztwahl. Der Krankenkassenverband hatte sich seinerzeit widerwillig dazwischen geschoben, daß in den Vertrag eine Bestimmung aufgenommen wurde, demzufolge zur Krankenkassenpraxis nur Ärzte zugelassen werden sollten, die dem Memeler Krankenkassenverband angehörten. Die Krankenkassen sind aber jetzt der Ansicht, daß sie eine solche Bindung weiterhin nicht mehr gestatten können. Die Ärzte sind nach ihrer Auffassung freie Gewerbetreibende. Es muß dem Kassenvorstand überlassen werden, welche Ärzte er beschäftigen will und welche nicht. Die Reichsversicherungsordnung bestimmt hierüber, daß den Kassenvorständen zunächst die Wahl unter zwei Ärzten gewährt werden soll. Der Kassenvorstand stellte also die Forderung: 1. daß Verträge nicht mehr mit dem Krankenkassenverband, sondern mit den einzelnen Ärzten abgeschlossen werden, 2. daß die freie Arztwahl infolgedessen einzuschranken sei, als nicht sämtliche dem Memeler Krankenkassenverband angehörenden Ärzte, sondern nur eine genügende Anzahl sich bereitfindender Ärzte zu beschäftigen wären und zwar nicht gegen Gebühren, sondern gegen eine feste Jahresvergütung. Falls sich im Memelgebiet nicht genügend Ärzte zur Übernahme der Kassexpraxis bereitfinden würden, muß der Kassenvorstand zur ausreichenden ärztlichen Versorgung der Versicherten entl. Ärzte aus Deutschland heranziehen. So schwer ihm dieser Schritt auch fallen würde, so ist er doch fest entschlossen, unter keinen Umständen Verträge mit dem Krankenkassenverband abzuschließen. Der Krankenkassenverband hat dem Krankenkassenverband gegenüber, daß es zu einem unheilbaren Bruch käme, wenn der Kassenvorstand Ärzte aus Deutschland heranziehen sollte. So viel dem Kassenvorstand auch an einem guten Verhältnis mit den Memeler Ärzten liegt, steht er sich jedoch zu diesem letzten Mittel gezwungen, weil sonst die Krankenkassen unwiderruflich dem Ruin verfallen würden. Nach den Berechnungen des Krankenkassenverbandes würde die Bewilligung der Forderungen der Ärzte 2/3mal so hohe Kosten verursachen, als wenn der Kassenvorstand unter Einschränkung der Anzahl Ärzte auf feste Jahresvergütung anstellen würde. Es lägen nach dem Plan des Kassenvorstandes für Memel fünf Ärzte und für die Kreise Odenburg und Pogegen je zwei Ärzte zur Anstellung in Betracht.

Die Ärzteschaft will den Patienten der Krankenkassen durch Eintreten des vertragslosen Zustandes die Behandlung nicht verweigern, sondern sie als Privatpatienten annehmen und bei jeder Behandlung sofortige Bezahlung verlangen. Nach der Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte hätten die Krankenkassenpflichtigen nur die Mindestsätze zu zahlen, worüber die Krankenkassen längst hinausgegangen sind. Um sofortige Bezahlung zu ermöglichen, wird erwogen, den Arbeitgebern anheimzustellen, angemessene Vorstöße zu gewähren. Falls die Ärzte die Anstellung der Krankenkassen verweigern sollten, wird wahrscheinlich auf Grund des § 370 der Reichsversicherungsordnung die Anstellung der Krankenkassen auf die Arbeitgeber übertragen, oder es müßten Krankenkassen gemacht werden. Durch Vermittlung des Oberverwaltungsamtes soll, wie wir erfahren, noch einmal versucht werden, die Parteien an den Verhandlungen zuzuziehen und zur Einigung zu führen.

Wichtige Veränderungen im Schulwesen der Stadt Memel zu Ostern 1922

Von Oberinspektordirektor Orłowski

A. Einführung der Grundschule

Wie durch das „Amtsblatt für das Memelgebiet“ und die Zeitungen bekannt gegeben worden ist, soll auf Anordnung des Landesdirektoriums von Ostern 1922 ab die sogenannte Grundschule, wie sie in Deutschland schon seit Ostern 1921 gesetzlich besteht, ganz allgemein auch im Memelgebiet eingeführt werden. In die betreffenden Vorklassen und die unteren Klassen der Jungen und der Mädchenschulen sollen aufgenommen werden, damit alle Kinder ohne Ausnahme zunächst die Volksschule besuchen. Für diese ersten Schuljahre wird ein besonderer Grundschul-Unterricht aufgestellt.

Den Grund für die Einführung der Grundschule bildet die Erwägung, daß wir hier im Memelgebiet unter Schulwesen unbedingt mit dem Deutschen übereinstimmen müssen, wenn wir von dort Anerkennung unserer Zeugnisse verlangen wollen.

Am Härtesten oder gar Unmöglichkeit zu vermeiden, hatte das Landesdirektorium in die Verordnung die Klausel eingefügt, daß mit seiner Genehmigung die Einführung der Grundschule vorläufig da unterbleiben könnte, wo sich ihr besondere Schwierigkeiten entgegenstellten. Dies sollte in erster Reihe der Stadt Memel ermöglichen, die unteren Klassen am Anzeum und an den beiden Mittelschulen beizubehalten, da in den weitaus unzulänglichen Räumen der hiesigen Volksschulen die Unterbringung von 150 weiteren Schülern und Schülerinnen ausgeschlossen erschien. Daher war die Stadt Memel ursprünglich entschlossen, diese Klassen beizubehalten und sie lediglich nach dem Grundschul-Unterricht zu lassen, damit die Einheitsart der Schulbetriebe gewahrt bliebe.

Nun hat sich aber bei der Aufnahme der Anfänger in den Volksschulen zum Schertermin dieses Jahres gezeigt, daß die Kinderzahl gegen die früheren Jahre etwa um die Hälfte zugenommen ist. Somit ist der Grund des Mangels beseitigt, und die Stadtschuldeputation hat beschlossen, die 10. Klasse am Anzeum und die 9. Klasse an der Altkinderschule Knaben-Mittelschule von Ostern d. J. ab fortzufallen zu lassen. Die 9. Klasse der Mädchen-Mittelschule (Parkschule) muß noch zwei Jahre als Seminar-Lehrjahre bestehen bleiben, wird aber ebenfalls nach dem Lehrplan der Grundschule unterrichtet werden. (Ueber die Aufnahme in diese Klasse vgl. die heutige Bekanntmachung im Anzeigenteil.)

Wenn auch manchen Eltern die Abschaffung der unteren Klassen um ihrer Kinder willen nicht gefallen wird, so ist es doch zu beklagen, daß nun gleichzeitig in Stadt und Land mit dem Aufbau der Grundschule begonnen wird und ihre Einführung nichts Halbes bleibt; denn kommen hätte sie doch müssen. Außerdem glauben wir die Befürchtung, daß nun auch begabte Kinder 4 Jahre in der Grundschule verbringen und so ein Jahr dem Besuch der höheren Schule werden zulegen müssen, zertreten zu dürfen; es wird Sorge dafür getragen werden, daß die wirklich Begabten auch in 3 Jahren soweit kommen wie bisher, also die untere Klasse der eigentlichen höheren Lehranstalt erreichen.

B. Umgestaltung des Oberlyzeums

Biel schwieriger als mit der Einführung der Grundschule verhält es sich mit der Umgestaltung des Oberlyzeums, und zwar, wenn uns das ein schwacher Trost sein kann, nicht nur hier in Memel, sondern in ganz Preußen. Die Zahl der Mädchen, die Lehrstufen werden wollen, geht immer mehr zurück (im letzten Jahr, soviel ich mich erinnern, in Ostpreußen um 45 Proz.). Daher wurde im Sommer 1920 die Umwandlung der drei wissenschaftlichen Klassen des Oberlyzeums in eine Aufbauschule (Oberrealschul-Studienanstalt nach Kottbuser System) angesetzt. Auch wir haben mit Genehmigung der zuständigen Behörden Ostern 1921 unsere dritte Klasse des Oberlyzeums in die Oberstufe einer solchen Aufbauschule umgewandelt. Die Schülerinnen dieser Klasse werden Ostern 1924 die Reifeprüfung machen und werden gewisse, noch nicht näher festgesetzte Berechtigungen zum Universitätsstudium erhalten. Eine Seminar-Klasse, die zur Lehrerin ausgebildet wird auf diesen Kursus nicht angeschlossen werden. Die jetzige O II geht also ihren Weg weiter.

Mit der künftigen O III (jetzigen I 1) ist es dagegen etwas ganz anderes. Sie darf nicht mehr den Kottbuser Oberrealschulkursus wie ihre Vorgängerin durchmachen, weil diese Schulart in Preußen von Ostern 1922 ab nicht mehr zugelassen wird. Gestaltet wäre für vorläufig, d. h. bis zur allgemeinen Regelung der Lehrerbildung, die bekanntlich auch den Seminaren abgenommen werden soll, die Weiterführung dieser Klasse als altes Oberlyzeum mit dem Ziele der Seminar-Klasse und der Lehramtsprüfung.

Zunächst ist diesmal leider die 1. Klasse des Anzeums klein (22 Schülerinnen). Um ganz sicher zu gehen, haben wir die Eltern dieser Schülerinnen schriftlich um ihre Wünsche befragt. Die Ausbildung der Tochter zur Lehrerin verlangt niemand (ursprünglich einer). Die Weiterbildung in einer Frauenschule fordern zwei, und den Besuch einer Oberrealschul-Studienanstalt (wir wählten bei der Besetzung noch nicht von dem erwähnten Verbot in Preußen) wünschen sechs, aber davon werden zwei wahrscheinlich ändern Sinnes werden, weil die Schülerinnen selbst die Meinung als fraglich bezeichnen, und eine will nur noch ein Jahr die Schule besuchen, sodas die Zahl der Schülerinnen voraussichtlich auf 3 zusammenzuschmelzen wird. Alles Oberlyzeum (Lehrerinnen-Seminar) und Frauenklasse scheiden also von vornherein aus. Eine neue Schulart für 3 Schülerinnen einzurichten, wird uns wegen der ungeheuren Kosten niemand im Ernst zumuten: in einer so kleinen Klasse würde ja außerdem das Arbeiten 3 Jahre hindurch Lehramt und Schülerinnen schließlich zur Qual. Daher hat sich die Stadtschuldeputation genötigt gesehen, den Ausfall der 3. Klasse des Oberlyzeums für ein Jahr zu beschließen. Diejenigen Schülerinnen, die sich eine weitere Bildung erwerben wollen, mögen sich ein Jahr ausruhen, sie finden Ostern 1923 wieder Anstoß.

Die 1. Klasse des Anzeums soll nämlich die Genehmigung der übergeordneten Behörden vorausgesetzt Ostern 1922 in die Unterstufe einer Oberrealschul-Studienanstalt umgewandelt werden. Die Schülerinnen, die Ostern 1922 weitergehen wollen, bilden dann die Oberstufe, und an diese können sich die wenigen Schülerinnen der diesjährigen I 1 mit Leichtfertigkeit anschließen.

Um nun aber ein für allemal den unsicheren Verhältnissen im Oberbau unseres Anzeums ein Ende zu machen, hat die Stadtschuldeputation beschlossen, zu Ostern 1922 mit dem Unterbau einer richtigen Oberrealschul-Studienanstalt zu beginnen, wie sie schon seit 1908 mehrfach erprobt ist. Zu diesem Zweck wird von der künftigen 2. Anzeum-Klasse, die sehr stark besucht ist, die Oberstufe einer Oberrealschul-Studienanstalt abgetrennt werden. Auch hierüber sind die Eltern schriftlich befragt worden. Es haben sich 13 für die Oberrealschule erklärt, was noch 3 Neumeldungen kommen, sodas in der Obertertia mit 16, in der 2. Anzeum-Klasse mit etwa 80 zu rechnen ist. Das Anzeum bleibt also wie bisher bestehen und entläßt seine Schülerinnen mit dem Schuljahresende. Daneben wird von Obertertia bis Oberprima eine Oberrealschul-Studienanstalt die Schülerinnen bis zur vollwertigen Reifeprüfung einer Oberrealschule führen. An Schülerinnen wird in diesem Zweig der Anstoß, soweit sich jetzt überlegen läßt, kein Mangel eintreten, da die Klassen von 13 abwärts geteilt, und die unteren weit überfüllt sind. Außerdem ist gewiß auch Zulpruch vom Lande zu erwarten.

Sollte vielleicht jemand fürchten, daß die Oberrealschul-Studienanstalt zu große Anforderungen an den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern an die Mädchen stellt, so sei ihm verraten, daß die geplante neue „Deutsche Oberstufe“, die man für das Ideal der Mädchenschule ausgibt, noch bevor sie erprobt ist, nur um eine einzige Stunde hierin zurückbleibt (O III—O I; Studienanstalt 44, Oberstufe 43 Stunden) und in der Erdkunde ihr noch sogar um 5 Stunden über ist. Also Mathematik, Naturwissenschaft und Erdkunde werden unsere Töchter immer lernen müssen, sofern sie sich eine über das Anzeum hinausgehende Bildung aneignen wollen; denn von der Einrichtung einer gymnasialen Studienanstalt kann bei uns natürlich niemals die Rede sein.

*) Leider wird die Verminderung der Schülerzahl, die sich in diesem Jahr zum erstenmal als Folge des Krieges bemerkbar macht, aber nicht anhalten wird, doch nicht die schwere Raumnot unserer Volksschulen beheben. Wie wir erfahren, gibt es an einzelnen hiesigen Schulen mehrere sog. „fliegende Klassen“, die infolge der ungenügenden Zahl der Schulräume auch in diesem Jahr beibehalten werden müssen. Was das bedeutet, weiß der Lehrer, aber auch die Eltern und nicht zuletzt die Kinder selbst. Um die Schaffung neuer Schulräume wird man nicht herumkommen können. Mehr.

Es ist schwer, in dieser Zeit, wo nichts geflürt und nichts sein ist, das Nützliche zu treffen. Nach menschlicher Voraussicht dürfen wir aber hoffen, daß die wichtigsten Veränderungen, die zu Ostern d. J. auf dem Gebiete des Schulwesens eintreten sollen, der Jugend unserer Stadt und des gesamten Memellandes zum Nutzen sein werden.

Sitzung der Stadtverordneten - Versammlung

Polizei, Schul- und Theaterzeit

Bei dem Kapitel Polizeiverwaltung rügte Stadtbaurat Randel, daß die Kommunalpolizei allzuviel mit Bestellungen beschäftigt werde und sich nicht genügend um ihren sonstigen Dienst kümmern könne. Schließlich sei doch die Polizeitruppe der Bürgerwehr wegen der Unsauberkeit auf manchen Gassen erinnere an russische Zustände. Ein halbes Jahr lang lagern da mitunter Komposthaufen, die wahre Pestheerde bedeuten. Die Kommunalpolizei müsse solche Fälle im Auge behalten. Es seien nicht nur die Straßen, sondern auch die Höfe und besonders die zu Restaurants gehörenden Flecktrassen zu inspizieren, wo oft zum Himmel schreiende Unsauberkeit herrsche. Eine gewisse Erziehung zur Sauberkeit sei hier sehr vonnöten. Sonst komme man niemals zu einer Stadt willigen Zuständen. Ferner hat Stadtbaurat Randel, dem Beamten der Stadtpolizei die im Interesse des Dienstes gemachten harten Auslagen zu erweisen.

Bürgermeister Schulz stimmte dem Vorredner zu. Obwohl eine gewisse Verbesserung in den Straßenverhältnissen eingetreten sei, werde die Reinlichkeit auf den gepflasterten Straßen so lange zu wünschen übrig lassen, als es im alten Stadtteil ungepflasterte Straßen gebe. Wenn gesagt werde, daß bezüglich der Höfe Ursache zu Klagen vorhanden sei, so müsse er feststellen, daß bereits scharfer vorgegangen werde. Gerade in letzter Zeit seien Beschwerden gekommen, daß die neuangestellten Polizeibeamten gegen Hausbesitzer etwas laßig vorgehen. In vielen Fällen sei es dem Hausbesitzer nur schwer möglich, allen Vorschriften nachzukommen, was die Eigenart der hiesigen Verhältnisse ergebe. Mit der erforderlichen Energie werde auch im Zukunft vorgegangen werden, besonders in den Restaurations. Den erwähnten Beamten würden die harten Auslagen ersetzt werden.

Stadtbaurat Gensfried wies darauf hin, daß sich bei der Reinigung der Straßen gerade verabschiedene aus dem Osten Zugezogene durch Nachlässigkeit auszeichnen hätten.

Stadtbaurat Kroll fragte, wo die Hausbesitzer das Geld für die Straßenreinigung hernehmen sollen.

Stadtbaurat Hilpert verlangte, daß die Stadt selbst die Reinigung der Straßen übernehmen solle. An Arbeitskräften dazu fehle es nicht. Dann werde man endlich sauberere Straßen haben.

Bürgermeister Schulz betonte nochmal, daß sanitäre Ordnung herrschen müsse. Es dürften sich nicht Zustände herausbilden, die Gefahren für die Volksgesundheit mit sich bringen. Bei der bevorstehenden Vermehrung der Beamten werde man zwei nur mit Bestellungen beschäftigten, damit die andern sich ihrem eigentlichen Dienst widmen können.

Stadtbaurat Weber führte aus, daß man sich mit der Uebernahme der Straßenreinigung durch die Stadt bereits früher beschäftigt habe. Man habe alles versucht, irgend eine brauchbare Möglichkeit herauszufinden. Höchstens im Sommer könnte man die Reinigung durchführen, und zwar unter Aufwendung mehrerer Millionen. Die Hausbesitzer würden bei der Umlegung der Straßen ungleichmäßig getroffen werden. Eine Automobilstraßenreinigungsmaschine müßte gehen. Die Reinigung würde ungeheure Kosten verursachen. Andere Städte, welche die Reinigung vorübergehend übernommen hätten, seien wegen der Kosten wieder zu dem alten Zustand zurückgekehrt.

Bei dem Kapitel Schulen, das die Neuanlage eines Spielplatzes vorsetzt, hat Stadtbaurat Kroll die Bauverwaltung, auf dem jetzigen Spielplatz mindestens eine provisorische Halle aufzustellen, in der sich die Spieler unterdecken können. Die Spieler seien jetzt stets gezwungen, sich in der Stadt umzuleiden, bevor sie zum Spielplatz gehen.

Stadtbaurat Weber leitete die Herstellung einer Umkleekabine für den alten Spielplatz unter Hinweis auf die hohen Kosten ab. Als vorhanden Mittel sollen für den neuen Platz aufgewendet werden, wozu Stadtbaurat Kroll die Herstellung eines einfachen Namensdardens für nötig und nicht zu kostspielig hielt.

Stellv. Stadtbaurat Bierach stellte fest, daß die Stadt einem hohen Schullasten zu tragen habe. Es wäre jedoch wünschenswert, man könnte noch mehr sparen, denn was man für diesen Zweck ausbeut, trage sich und inwiefern für das ganze Memelgebiet. Daher in aber auch nötig, daß der Staat mehr zu den Kosten für die Schulen der Stadt beizutrage. Der Magistrat müsse mit dem Staat Rücksicht nehmen, damit die Beiträge für diese Zwecke in großer Höhe stattfinden. (Bravo!)

Im Gegenwärtigen auf der Anregung des Stadtbaurats Preußner, der die Schulfragen bei Fortbildungsschulen würde behandelt werden sollte, betonten Stadtbaurat Kurzina und Stadtbaurat Hilpert, daß auch die Interessen der Lehrlinge wahrgenommen werden müßten. Es sei Aufgabe der Verwaltung und der Meister, alle Verhältnisse zum Schulbesuch anzuhalten.

Zu dem Kapitel Theater sprach Stadtbaurat Kraas, wozu die Räume des jetzigen Theaterrestaurants künftig benutzt werden sollen.

Oberbürgermeister Dr. Grabow erklärte dazu, daß man Reanimatoräume und Büros schaffen wolle. Die jetzigen Verhältnisse seien gänzlich unbrauchbar, da das Deriberschaffen der Reanimator von der Platzmangel zu großen Schädigungen des kostbaren Inventars führe. Zum 1. Mai werde der Anbau des Theaterrestaurants eingeleitet. Man werde ihm noch Möglichkeit bei der Beschaffung einer Wohnung usw. unterstützen.

Dem Stadtbaurat Kroll erschienen die Kosten für das Theater zu hoch.

Auf die weitere Frage des Stadtbaurats Kraas, aus welchem Grunde 2 Theaterdirektoren im Etat angeführt seien, erwiderte Oberbürgermeister Dr. Grabow, daß es sich dabei nur um die Sanctionierung eines bestehenden Zustandes handle. An der Tat habe man mit 2 Direktoren gemerkt. Beide hätten gleiche Rechte dem Theater gegenüber, da ihnen der Fonds gemeinsam gebühre. Dem Personal gegenüber stellen beide auch eine Einheit dar. Die Kosten seien genau dieselben, als wenn nominell nur ein Direktor wäre. Theaterdirektor B. würde nur dem Personal gegenüber etwas besser gestellt. Besondere Kosten entständen dadurch nicht. Das hiesige Theater sei weit über den Rahmen unserer Stadt hinaus bekannt geworden. Gute, die durch diese Schule gegangen seien, würden von großen Theatern gern genommen und gesucht.

Stadtbaurat Weber betonte gegenüber dem Stadtbaurat Kroll die Bedeutung des Theaters als Kulturfaktor. Das sehe man immer mehr an den hiesigen Arbeitern, welche die Gewerkschaftsvorstellungen gern und zahlreich besuchen. (Fortsetzung folgt.)

Eintritt des französischen Botschafters in Berlin

* Berlin, 28. März. Der französische Botschafter in Berlin Charles Laurent hat Berlin verlassen und wird wahrscheinlich nicht wieder auf seinen Posten zurückkehren. Er glaubte, die Bedingungen der letzten Note der Reparationskommission nicht vertretbar zu können.

Eine französische Pressestimme zu Wirths Erklärung

Paris, 29. März. (Priv.-Tel.) Ueber die gestrige Kanstlerrede liegt bisher nur eine einzige Aeußerung im „Gaulois“ vor, der erklärt, daß man nach dieser Rede den Eindruck haben müsse, daß ein Duell auf Leben und Tod zwischen Frankreich, das nicht sei weiter zu warten, und Deutschland, das kein Geld aus seinen Taschen lassen wolle, bevorstehe. Der Kanstler habe seine Maßnahme mit den Deuten von Moskau getroffen sei oder wegen der Hoffnung, die den Deutschen die Erklärung de Fractas gebe, die dieser abgab, als ihn der französische Botschafter Barrere kürzlich fragte, ob die Reparationsfrage auf der Konferenz von Genoa erörtert werden wird. Möglich wäre es auch, daß die Rede des Kanstlers durch die Ausflucht hervorgerufen wurde, daß Frankreich mit der Kleinen Entente durch eine Koalition isoliert wäre, die von London nach Moskau über Berlin reiche. Jedenfalls sei die Erklärung des Kanstlers eine Warnung für Frankreich, damit es in Genoa auf seiner Hut sei und sich gegen Ueberraschungen wachhalte.

Memeler Schwurgericht Von der Anklage des Meineids freigesprochen Zweiter Verhandlungstag.

Am Dienstag, dem zweiten Verhandlungstag, wurde der geschiedene Mann der Frau Knappe vernommen, aus dessen ausführlichem Bericht über seine Zwistigkeiten mit seiner Frau wegen ihres Vermögens mit Rose besonders zu erwähnen ist, daß Frau Knappe ihm gestanden hat, mit Rose im geschlechtlichen Verkehr gestanden zu haben. Seine Frau habe dann immer darauf gezielt, ihm die Schuld an den Zerwürfnissen zuzuschreiben. Bei einem ehelichen Streit, bei dem er, Zeuge, sehr erregt gewesen wäre, sei dann seine Frau hinausgelaufen und am nächsten Morgen von ihm weggezogen. Er berichtet, daß seine Frau schon immer sehr „lebenslustig“ gewesen sei, und er einen schriftlichen Beweis habe, daß seine Frau vor dem Kriege sich mit einem anderen Mann abgegeben habe. Nachdem er seiner Frau nach seiner Rückkehr vom Militär verabschiedet, sei diese doch noch mit dem Rose zusammengegangen, bis dann bewußten Morgen seine Frau zu Rose gelaufen sei. Die nächsten Zeugen berichten noch über einige Einzelheiten über die Person der Wittner und der Jauchus sowie über das Verhältnis des Rose mit Frau Knappe, die das Gesamtbild der Verhandlung nicht wesentlich verändern.

Rose wird vom Vorsitzenden gefragt, ob er vielleicht, nachdem er sich gelehrt hatte, mit Frau Knappe verkehrt habe, nach der Anklage ebenfalls scharf in Abrede stellt. Die nächste Zeugin, Frau Wischniatz, berichtet, Herr Knappe habe ihr mal erzählt, seine Frau ihm eingestanden, daß sie zweimal mit Rose intim verkehrt hätte. Frau Knappe hätte sich ihr selbst gegenüber geäußert, sie, Frau Knappe, eine gerechene Schlange, ihr könne so leicht nichts passieren. Die Zeugin werde sie schon auseinander bringen, das mache ihr Spaß. Rose sei die Frau Knappe ganz verunglückt zu ihr gekommen, habe gesagt, Rose habe sie telefonisch angerufen und sie nach ihm bestellt, was sie denn auch getan habe. Auch nach Thorn sei die Knappe mal gefahren, um dort den Rose zu besuchen. Der Vorsitzende stellt darauf zwei Briefe der Frau Knappe an den Rose, aus denen hervorgeht, daß zwischen den beiden doch ein Verhältnis bestanden zu haben. Angeklagter gibt zu, daß sie sich geduzt haben. Darauf wird die Zeugin Knappe vorgelesen, die die ganze Angelegenheit dem Ehegericht der Knappe auf den Mann wirft. Auf dem Bericht des Vorsitzenden bekräftigt die Zeugin energisch, je mehr sie verkehrt zu haben. Auch sonst will sie mit anderen Männern nicht verkehrt haben. Sie dreht so ziemlich alles um, was von anderen her ausgesagt ist. Auch Gegenüberstellungen mit anderen Zeugen werden an den Auslagen der Frau Knappe nicht. Nach kurzer Beratung beschließt das Gericht, die Zeugin Knappe nicht zu verurteilen, da hinreichend verdächtig erscheint, durch ihre Auslagen den Angeklagten hinsichtlich der zu untersuchenden Tat begünstigt zu haben. Damit war die Beweisaufnahme geschlossen, und nach 1/2 stündiger Dauer beendete die

Plaidoyers. Staatsanwalt Gering führte in kurzer Anklagerede aus, daß Hauptverhandlung doch wohl zweifellos bewiesen hätte, daß der Angeklagte in dem Verleumdungsprozess Knappe als Zeuge einen Meineid geleistet hätte. Es seien da vor allem die Auslagen der Knappe zu berücksichtigen, die Rose schwer belastet hätten. Das

Dienstmädchen Gina Böttner habe auch in der Hauptverhandlung wieder auf das Bestimmteste erklärt, gesehen zu haben, wie Rose oft zu Frau Knappe ins Schlafzimmer gegangen und einmal sogar geschlechtlich verkehrt habe. Der Zeuge Knappe aber habe sogar ausgesagt, daß Frau Knappe ihm geübelt habe, mit Rose intim verkehrt zu haben. In und für sich aber sei es ja auch ganz erklärlich, daß, wenn die beiden (Rose und Frau Knappe) jahrelang in einer Wohnung zusammen lebten, da etwas vorkommen müsse. Was die Aussage der Frau Knappe nun selbst betreffe, so habe ja das Gericht schon befunden, daß sie den Verdacht erzeuge, unwahr zu sein. Die Knappe habe die Unwahrheit gesagt, weil sie eben den Rose küssen wollte, von dem sie abhängig, da sie ja sonst keine Unterkunft habe. Rose habe den Meineid begangen und müsse auch dafür bestraft werden.

Darauf ergreift Rechtsanwalt Raumann für seinen Klienten das Wort. In langen, ausführlichen Darlegungen sucht er die Unschuld des Angeklagten zu belegen. Wenn der Angeklagte wirklich in seiner Wohnung mit der Frau Knappe verkehrt habe, dann wäre es doch unverständlich, daß er später die Böttner, die doch sicher etwas davon gemerkt haben würde, aus dem Hause gelagt habe. Das wäre doch eine große Unklugheit gewesen. Was den Knappe anbetreffe, so habe dieser ja selbst gesagt, daß er im Felde verhaftet worden sei, was zu der bestimmten Auffassung Anlaß gebe, daß er auch einen Nervenschlag davongetragen habe. Ein Mann aber, der mit seinen Nerven nicht in Ordnung sei, könne sehr wohl in heftiger Erregung von seiner Frau ein Geständnis erpressen. Die Auslagen der übrigen Zeugen seien doch wohl sehr durch die Frau Rose gefärbt worden, die eben aus krankhafter Eitelkeit alle Hebel in Bewegung gesetzt hätte, die Frau Knappe aus dem Hause zu jagen. Dadurch seien auch wohl all diese Redereien im Dorfe entstanden. Beweise für die Schuld des Angeklagten habe die Verhandlung nicht ergeben, im Gegenteil sei zu viel Material angehäuft worden zu dessen Sichtung die Vernehmung nicht angereicht hätte. Er müsse deshalb, da er überzeugt sei, daß Rose keinen Meineid geleistet habe, für seine Freisprechung plädieren, und bitte die Geschworenen dringend, diesem Antrag zu entsprechen.

Nachdem der Angeklagte selbst noch einmal seine Unschuld bekräftigt hatte und die Rechtsbelehrung erfolgt war, zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück, die in der frühen Morgenstunde, ungefähr gegen 1/2 Uhr, damit endigte, daß die

Schuldfrage bei dem Angeklagten verneint wurde. Das Gericht beschloß demgemäß, und der Angeklagte wurde sofort aus der Haft entlassen. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Gericht zur Last gelegt.

Der Raubüberfall in Prökuls 2 Jahre Gefängnis

Als zweiten Fall verhandelte das Memeler Schwurgericht am Mittwoch vormittag den Raubüberfall auf die Frau des Viehhändlers Bastian in Prökuls. Angeklagt war der Handlungsgeselle Otto Wachs aus Prökuls. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Wischniatz, die Verteidigung hatte Rechtsanwalt Raumann übernommen.

Auf Aufforderung des Vorsitzenden schildert der Angeklagte, der die Tat reumütig eingesteht, den Vorgang folgendermaßen: Er hatte sich, nachdem er 1919 von Militär entlassen wurde, mit Schmuggelhandel abgegeben und dabei eine ganze Menge Geld verdient, mit dem er ein größeres Geschäft unternehmen wollte, das aber schließlich, da litauische Soldaten an der Grenze sein Geld beschlagnahmten, einmal 100 000 Mark und ein zweites Mal 80 000 Mk.

Rum stand er ganz mittellos da. Er fuhr nach Bendburg, um mit seinem Bruder über seine Lage zu beraten. Dort auf dem Weg zum Bahnhof wartete er dann auf seinen Bruder, den er jedoch nicht traf. Zwischen 11—12 Uhr kam dann eine Frau an ihm vorüber, die er schon auf dem Bahnhof gesehen hatte, wie sie Geld auszählte. Er ging zurück und versuchte dann der Frau

die Handtasche zu entreißen, die sie bei sich trug. Bei diesem Versuch seien beide hingefallen. Er sei sofort wieder aufgestanden, habe der Frau die Tasche entrisen und sei davongelaufen. Als er jedoch die Silberseife der Frau vernahm, warf er die Tasche fort und versuchte zu entfliehen, wurde aber von zwei Männern verfolgt, die gerade des Weges gekommen waren. In einem in der Nähe liegenden Gehöft wurde Wachs ergriffen und der Polizei übergeben.

Soweit die Aussage des Angeklagten, der noch als Milderungsgrund für seine Tat erwähnte, daß er an dem betreffenden Morgen nicht ganz nüchtern gewesen sei. Auf Vorhalten seitens des Staatsanwaltes erklärt der Angeklagte, daß er einen Schlagtrug bei sich getragen habe, weil er während der Nacht noch an der Grenze gewesen sei.

Als Hauptzeugin wird nun die Frau Bastian vernommen, die dem Geständnis des Angeklagten nur das hinzufügen kann, daß sie mit dem Täter um den Besitz der Tasche gerungen habe, auf welchen Umstand sich der Angeklagte nicht mehr besinnen kann. Die weiteren Zeugen können zu der Tat Wesentliches nicht auslagen. Von seinem Vater wird Wachs als ehrlicher Mensch bezeichnet. Er sei noch jetzt mit einer Besichtigung verlobt, die sich auch nicht von ihm trennen werde.

Auf die weitere Beweisaufnahme wird von dem Prozessbeteiligten verzichtet und dem Staatsanwalt Wischniatz das Wort erteilt, der in kurzen Ausführungen, daß es wohl keinem Zweifel unterliegen werde, daß Wachs schweren Raub begangen habe, da der Angeklagte auf öffentlichem Weg eine Person angefallen und der Frau Bastian unter ihrem Widerstand die Tasche entrisen habe. Gemildert werde die Tat dadurch, daß Frau Bastian ihr Geld wieder bekommen habe, daß Wachs unvorbestraft sei und sich auch beim Militär gut geführt habe. Ferner habe er die Frau nicht mißhandelt. Er beantrage deshalb die Schuldfreiheit auf schweren Raub zu bejahen und ferner dem Angeklagten mildernde Umstände zu gewähren.

Rechtsanwalt Raumann schloß sich dem Antrag des Staatsanwaltes an und betonte noch einmal alle die Umstände, die für die Billigung mildernder Umstände sprächen, vor allem, daß Wachs auch bei der Voruntersuchung schon ein reines Geständnis abgelegt habe. Nach kurzer Beratung verkündete der Obmann der Geschworenen das

Urteil, das dahin lautete, daß Wachs des schweren Raubes für schuldig erklärt, ihm aber mildernde Umstände zugestanden wurden. Das Gericht erkannte darauf auf eine Strafe von zwei Jahren Gefängnis.

Die dritte Strafsache, die sich gegen die Besichtigung Anna Walschies und den Besitzer Georg Walschies aus Erbreit-Stumbragiren sowie den Besitzer Johann Walschies aus Rohlgirren wegen Mordes bezog. Ansetzung dazu richtete, wurde, da von Seiten der Verteidigung noch Beweisanträge gestellt wurden, vertagt. Am Freitag beginnt die Verhandlung in der vierten und letzten Strafsache.

Verkauf... 108 Morgen guter Boden... Landgrundstück... Gut... Landgrundstück... Gröning & Co., Memel, Luisenstraße 9-10, Telephon 261.

Achtung! Stelle mein Grundstück... Gut, ca. 2000 Morgen... Steinboff, Rönigsberg, Gufenallee 14/16, Tel. 3629.

Heu verkauft Donnerstag, den 30. und Freitag, den 31. d. Mts. in der Ziegerei Köhler-Memel Preukschas. Ein Hahndrilling, ein Dreiflaster, eine Häckselmaschine... Kartoffeln... Memelmarten...

Für Fleischerei! Gebrauchte, sehr gut erhaltene komplette Einrichtung für jeden Betrieb. Otto Brokopp, Coadjuthen, Tel. 24. Gelegenheitskauf! Automobil, 6/16, Stöwer Nobel 1914 mit Zulassung und guter Bereifung kompl., prima erhält, aus Privatband preisw. zu verkaufen. F. Zeising, Tel. 15, Clausiusstraße 15.

E. Jentsch Grundstück-Vermittlung Polangenstraße 2 vis-à-vis der Feuerwehre übernimmt An- u. Verkaufsbemittlung von Stadtgrundstücken Landgrundstücken Geschäften aller Art. Nachweis für Käufer kostenlos. Bischer f. Gymnasium u. Parkschule (mittlere bis höh. Klassen), led. Feberkass., weiches Keinentleid und 2 sch. Strohhüte (13 bis 14 Jahre) billig zu haben. Magazinstr. 9. 1 Tr. r. Ein großes Schwein zu verkaufen Klawns, Schmels, hohe Straße 7. Ein schwarzer Tuchanzug (Gehrod), fast neu, steht zum Verkauf. Wo? sagt d. Exped. dieses Blattes.

L. Buddrick & Co. Sibirienstraße 39. Kinderwagen Sportliegewagen Klappwagen Kinderstühle in großer Auswahl eingegangen. Achtung! Zwei junge Kühe, frischmilchend und hochtrag., stehen zum Verkauf. Hoffmann, Schmels, Mühlenstr. 58. Hund zu verkaufen. Krawald, Schlemmerstr. 11, Zigarrengeschäft.

Im Eismeer Seroman von Clark Russell Fortsetzung Nachdruck verboten. „Stecht aus, Jungens, — helft ihm doch!“ rief Wlad. „Macht die Sache so leicht wie möglich. Herrgott — wenn der arme Jodel nur mit dem Seil fertig wird!“ Der Schiffbrüchige holte mit solcher sicherer Bewegung Hand an Hand die Wurzeln ein, an deren Ende von unseren Leuten um eine Jolle ohne Ende befestigt war, ein Block, durch den ein ges dünnes Tau läuft, dessen beide Enden zusammengespitzt sind. Auch diese Jolle mußte der Mann auf dem Brock zu sich hinüberbringen. Vorläufig schien es ihm keine Schwierigkeit zu machen. Aber Arbeit wurde immer schwerer, je mehr von dem dicken gewichtigen er hinüberzog. Mit atemloser Spannung beobachteten wir ihn; fast war es zuviel einen Mann. Wenn seine Kräfte versagten, ehe er den Block in Hand hielt, dann war alle unsere Arbeit vergebens. Und — wurde die Rettung unmöglich. Daß kein menschliches Wesen jene spiegelglatten Eisschollen zu retten vermocht hätte, sah ich jetzt deutlich genug. Ruhig und stetig stekten unsere Leute soviel Seil aus, als der Mann auf dem Brock mit gleichmäßiger Geduld und Ausdauer holte. „Das Fräulein bist ihm!“ rief plötzlich einer der Matrosen aus. Wabsthaftig! Durch das Fernrohr sah ich ganz deutlich, wie eine hinter ihrem Leidensgefächerten stand und aus Leibeskräften ziehen half. „Wortlos starre ich hin. Langsam, unendlich langsam glitt das Rettungsseil nach dem hin. Endlich atmete der Steuermann mit einem tiefen Seufzer Erleichterung auf. „Fertig!“ schrie er. „Er hat das Seil drüber.“ Ein lautes Hurra unserer Leute schallte zu dem Brock hinüber. „Der da drüber weiß, was er zu tun hat!“ sagte Wlad zu den.

Der Mann auf dem Brock war unterdessen hinter dem Schanzkleid verschwunden. Er hatte den Block an dem Maststumpf befestigt und tauchte dann wieder auf, mit der Hand winkend. Neben ihm stand regungslos Eveline. „Stecht jetzt das starke Leitungsstau an die Leine der Jolle und halt es hürüber,“ befahl der Steuermann. Rasch wurde der Befehl ausgeführt, und da die kräftigen Arme der Seeleute am anderen Teil der Jolle helfend mitziehen konnten, war das Ende des Leitungsstaues in wenigen Minuten an Bord des Brocks. Der Schiffbrüchige befestigte es etwa eineinhalb Fuß über dem Block am Maststumpf, dann winkte er mit der Mütze als Zeichen, daß alles in Ordnung sei. „Hol heil,“ kommandierte der Steuermann. Bald war mit Hilfe einer Pantofle der im Wasser befindliche Teil des Leitungsstaues so straff gezogen, daß das Seil sich jetzt in leichter Krümmung vom Boot zum Brockmaststumpf des Brocks spannte und das Wasser nicht mehr berührte. „Halt, Jungens! Ihr reißt mir ja das Brock herunter,“ schrie der Steuermann, der vor Freude über das Gelingen der schwierigen Arbeit nur so sprachte. „Bringt unsere Rettungsboje in Gang!“ Das große Faß, das wir als Rettungsboje mitgenommen hatten, war in halber Höhe durchsägt und hatte über seinem offenen Ende einen Taubügel, in dessen Mitte ein ringsförmiges Auge eingebunden war. Durch dieses Auge war das Leittau gezogen, und an ihm fortlaufend konnte nun das Faß durch die Leine der Jolle zum Brock hin und wieder zurück nach dem Brock gezogen werden. Mit raschem Griff hoben unsere Leute das Faß über Bord. „Hol über!“ schrie der Steuermann. Mit erschauerlicher Geschwindigkeit glitt der schwere Behälter das Tau entlang. Wir sahen, wie der Mann drüber sich über die Reeling beugte, das Faß vollends an sich heranzog und sofort hineinsprang. Wlad wurde dunkelrot vor Zorn. „Wenn der Bursche rüberkommt, schlag' ich ihn tot!“ brüllte er. „Kann er nicht zuerst für die Dame sorgen, der Zeigling! Na warte — komm' du nur!“ Auch die Matrosen murkten. Aber wir hatten dem Mann Unrecht getan. Nach wenigen Augenblicken sprang er wieder aus dem Faß.

Er hatte offenbar nur prüfen wollen, ob der Apparat auch fest und sicher sei. Ein paar Sekunden lang stand er an der Reeling und sah zu uns herüber. „Achtung! Die — Dame!“ rief er dann mit mächtiger Stimme. Er schlang die Arme um Eveline und hob sie in das Faß. Unsere Leute begannen, das Tau einzuholen, und langsam bewegte sich das Faß auf uns zu. Immer schneller rutschte der Apparat am Tau entlang. Zwei von Euch helfen der Dame beim Aussteigen,“ befahl Wlad. „Mr. Moore, Sie bleiben sitzen und rühren sich nicht, bis die Dame im Boot ist.“ Jetzt streifte das Faß die Wasserfläche — jetzt ergriffen es kräftige Arme und zogen es vollends ans Boot heran. Jetzt wurde Eveline über den Bootstrand gehoben und lag lachend und weinend in meinen Armen. Zweieundzwanzigstes Kapitel. Wieder vereint. Sprechen konnten wir nicht. Wir sahen uns in die Augen, und meinten, und saßen einander bei den Händen — das Wunder des Wiedersehens hatte uns stumm gemacht. Immer wieder mußte ich Eveline ansehen; hatte ich doch in den Stunden vor der Rettung unsägliche Angst um sie angeschlossen, wenn ich mir vorstellte, wie geschwächt, wie gebrochen sie von der furchtbaren Leidenszeit sein mußte. Welch und hochwichtig und abgekehrt erwartete ich sie zu finden, und jetzt war sie bei mir, rund, rosig, blühend, mit glänzenden Augen und elastischen Bewegungen, eine ganz andere als das kranke, schwächliche Mädchen, von dem ich an jenem Aprilmorgen Abschied genommen hatte! Wie vergaßen alles um uns her, und saßen still beieinander, leise Worte stammelnd, aus überströmendem Herzen. Da glitt das Rettungsfaß wieder an dem Tau entlang; nach kurzer Zeit sprang Evelines Leidensgefährtin in das Boot und ließ sich erschöpft auf eine Kuderbank niederfallen. Uns nickte er mit verklärtem Gesicht zu. (Fortsetzung folgt)

